



Silvesternacht zeigt:

Wir brauchen mehr Polizei und konsequentere Abschiebungen von Straftätern

In der Silvesternacht wurden Teile der Kölner Innenstadt zur rechtsfreien Zone. Nicht integrierte und kriminelle Zuwanderer griffen Feiernde an, bestahlen sie und vergriffen sich an Frauen. Der Kölner Dom musste als Kulisse für Ausschreitungen herhalten, die zeigen, wie respektlos bestimmte Milieus unserem Staat gegenüberstehen und welche Kraft es kosten wird, die Autorität der Staatsgewalt zu erhalten.



Das weltoffene Köln steht für Karneval, CSD, Kölner Lichter und viele andere Großereignisse. Die Menschen, die in der Stadt feiern möchten, müssen bestmöglich geschützt werden. Wenn das nicht geschieht, geben wir einen Teil unserer Kultur und Freiheit auf.

Der Kölner Hauptbahnhof war in der Silvesternacht ein rechtsfreier Raum. Straftaten und Verbrechen konnten offenbar risikolos begangen werden, weil die Polizei weder personell noch materiell angemessen ausgestattet war.

Das ist kein Versagen der einzelnen Beamten vor Ort, die selbst angegangen wurden und unsere Solidarität und Unterstützung brauchen, sondern ein völliges Versagen der Polizeispitze und des verantwortlichen Landesinnenministers, der - wie jetzt bekannt wurde - zusätzliche Einheiten sogar verweigerte.

Nach HoGeSa, dem Wegschauen gegenüber der wachsenden „Antänzer“-Szene, den internen Problemen in der Hundestaffel und anderen Einheiten sowie privaten Fotoshootings von Führungskräften auf Steuerzahlerkosten frage ich mich, was eigentlich noch geschehen muss, ehe man im Polizeipräsidium in Köln zu einem Neuanfang bereit ist. Mehr als 100 Anzeigen sind inzwischen aktenkundig. Jeden Tag kommen weitere Details ans Licht, die die Schwächen am Einsatzkonzept dokumentieren.

Wenn die Landesregierung nun mit konsequenter Abschiebung von Straftätern droht, stellt sich die Frage, warum das nicht längst schon geschehen ist. Die erwähnten Platzverweise oder Meldeauflagen werden solche Täter nicht abschrecken.

Wir brauchen stattdessen eine konsequente Anwendung unserer rechtsstaatlichen Gesetze, eine endlich wirksame Strafverfolgung und auch spürbare Verurteilungen von Fehlverhalten. Die Landesregierung muss nun tatsächlich Taten folgen lassen und ihre Polizei- und Ordnungspolitik (Body-Cams, Videoüberwachung, Taser, usw.) grundlegend anpassen. Nicht Frauen brauchen Verhaltensregeln sondern Männer, die sich nicht an unsere Gesetze und Regeln halten. Wer unseren Schutz und unsere Gastfreundschaft missbraucht, verliert jegliches Recht hier zu bleiben.

Am Montag wird der Innenausschuss des Landtages zu einer Sondersitzung zusammenkommen und der Landesinnenminister wird sich öffentlich erklären und rechtfertigen müssen.

Als Mitglied des Innenausschusses habe ich mich in den letzten Tagen mehrfach öffentlich geäußert. Eine Auswahl:

- WDR Fernsehen: <http://kurzlink.de/WDR160104>
- Die Welt: <http://kurzlink.de/WELT160104>
- Kölnische Rundschau: <http://kurzlink.de/Rundschau160105>
- TAZ: <http://kurzlink.de/TAZ160105>